

Hamburgher Echo.

Sonntag, den 12. Oktober 1902.

Anzeigen werden die sechsspaltige Zeitzeile oder deren Raum mit 30 $\mathcal{A}$, für den Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen mit 20 $\mathcal{A}$ berechnet. Anzeigen-Aufnahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abends), in den Filialen (bis 4 Uhr Nachmittags), sowie in sämtlichen Annoncen-Büreaus, Redaktion und Expedition: **Reichstraße 11 in Somburg 1.**

Filialen: Süd-St. Pauli bei Carl Lemenzow, Wilhelmstr. 11, pt. Nord-St. Pauli, Eimsbüttel, Langensfelde, bei Carl Dreyer, Margarethenstr. 48, Eimsbüttel. Hoheluft, Eppendorf, Groß-Verstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Lehmannweg 51, Eppendorf. Barmbek, Uhlenhorst bei Theodor Peteretti, Badstr. 12, Barmbek. St. Georg, Hoheluft, Borgfelde, Hamm, Horn und Schiffer bei Carl Ortel, Baust. 26, Borgfelde. Hammerbrook, Rothenburgsort, Billwärder und Veddel bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstr. 33, Hammerbrook. Elbek, Wandbek und Hirschensfelde bei Franz Krüger, Sternstr. 36, Wandbek. Altona bei Friedrich Lubwig, Bürgerstr. 118, Altona. Ottensen, Bahrenfeld bei Johannes Heine, Erdmannstr. 14, Ottensen. Flottbek, Othmarschen-Blankenese bei H. Braunschweig, Nienstedten.

Der österreichisch-ungarische Ausgleich.

Fünfunddreißig Jahre sind es her, daß der Staatsvertrag, der unter dem Namen „Ausgleich“ schon so viel Staub aufgewirbelt hat, zwischen den beiden Reichskörpern geschlossen wurde, die wie die siamesischen Zwillinge aneinander gewachsen sind, aber sich lange nicht so gut vertragen wie diese.

Oesterreich und Ungarn sind zwei selbstständige Staaten, aber unter einer Dynastie und mit Gemeinschaft in den Fragen der auswärtigen Politik, des Krieges und der Finanzen. Jeder hat sein eigenes Parlament, bestehend aus Abgeordnetenhaus (in Wien „Reichsrath“ genannt) und Herrenhaus („Magnatenrat“ in Budapest), aber die gemeinsamen Angelegenheiten berathen alljährig abwechselnd die sogenannten „Delegationen“, Ausschüsse der beiden Doppelkammern (je 20 aus den beiden Oberhäusern und je 40 aus Reichsrath und ungarischem Abgeordnetenhaus).

Eine parlamentarische Konstitution, die den Parlamentarismus entwirft und den Konstitutionalismus verkörpert, sind auf dem jüngsten Parteitag unserer Genossen in Oesterreich-Ungarn, der im August d. J. in Aussicht an der Elbe abgehalten wurde, diese Delegationen in einer Resolution genannt worden. Das ist nicht bloß sozialdemokratische Auffassung. Auch bürgerliche Blätter bezeichnen sie als bloßen Schatten einer Volksvertretung. So die „Frankfurter Zeitung“ im Juni d. J. nach dem Schluß der Sitzungen der Delegationen. Von dem wesentlichen Recht einer solchen haben sie nämlich nur ein Stück, und zwar das minderentheilige, die Bewilligung der Ausgaben. Die Bewilligung der Einnahmen bagegen (also der Steuern) ist Sache der Parlamente beider Reichshälften. Das ist ein System, bei dem die Volksvertretung um ihr Widerrecht geprellt wird. Interpellirt nämlich ein österreichischer Abgeordneter im Reichsrath über die Steigerung der Militärlasten, so erwidert der Landesverwaltungsminister, das gehe dem Reichsrath nichts an, denn das sei eine gemeinsame Angelegenheit, die vor die Delegationen gehöre. Beklagt sich aber ein Delegirter, daß die Bevölkerung nicht mehr wisse, wie sie die Mittel für die steigenden Militärlasten aufbringen solle, so erwidert der gemeinsame Kriegsminister, das Anbringen der Mittel für das Militärbudget sei nicht Sache der Delegationen, sondern der Einzelparlamente. So haben die Parlamente die Einnahmen für das Militär und die Delegationen die Ausgaben zu bewilligen. Eine raffinierte Zwischwille: auf dem Wege von der einen Körperschaft zur anderen geht das eigentliche Budgetrecht verloren. Eine konstitutionelle Komödie. Weil das System der Delegationen und des Ausgleichs seinen konstitutionellen Ausweg offen läßt, ist man geneigt, das letzte Wort immer der Krone zu überlassen. „Durch den Ausgleich haben wir einen rein absolutistisches Element in unser Staatsleben hineingebracht“, erklärte Genosse Ellenbogen auf dem Parteitag.

Damit hängt, wie derselbe weiter ausführt und gleichfalls in der erwähnten Resolution zum Ausdruck kam, die Bevorzugung Ungarns zum Nachtheil Oesterreichs zusammen. Der Ausgleich, in einer Zeit tieffter politischer Schmach Oesterreichs entstanden (nach dem Kriege 1866), bedeutet seit seinem Wesen eine ununterbrochene Kette politischer und wirtschaftlicher Schädigung für die österreichische Reichshälfte. Ueberall zeigt sich die Bevorzugung Ungarns. Den Ungarn tokt das Her nur 11 Prozent ihres Wälders, den Oesterreichern 17 Prozent. „Da können sich die Ungarn schon ein großes Her leisten, wenn wir es saßen.“ Noch wichtiger sein die wirtschaftlichen Gründe gegen den Ausgleich. Hauptsächlich der Ungarn wegen mußte sich Oesterreich, das ein Getreideimportland ist, Agrarzölle gefallen lassen. Unter dem Ausgleich ist die ungarische Industrie gewaltig emporgewachsen, gefördert durch diverse staatliche Begünstigungen, wogegen Ungarn seinerseits sich eine innere Zolllinie gegen Oesterreich geschaffen hat und außerdem durch seine Schifffahrts- und Eisenbahnpolitik den Export Oesterreichs empfindlich geschädigt hat. Die ganze ungarische Industrie aber beruht auf einer maßlos ungeringen Ausbeutung der ungarischen Arbeiter.

Die mannigfaltigen Interessengegenstände zwischen Oesterreich und Ungarn bildeten in den letzten Tagen den Gegenstand der Ausgleichsverhandlungen auf der Konferenz der österreichischen und ungarischen Minister.

Durch gegenseitige Konzessionen sollen die Differenzen, worunter namentlich die über den Zolltarif, endlich ausgeglichen werden. Nach den neuesten Melbungen aber droht die Einigung zwischen den beiderseitigen Regierungen zu scheitern. Ueber den Grund wird noch, während wir dies schreiben, tiefes Schweigen bewahrt.

Das österreichische Proletariat würde dem bestehenden Vertragsverhältnis beider Staaten keine Dräne nachweisen, wenn es in die Brüche gehen sollte. Unsere Partei erklärt: Ohne irgendwie den Ungarn, am allerwenigsten den ungarischen Arbeitern, mit denen sie die brüderlichen Interessen der Klasse verbinden, die

freieste Entwicklung schmälern zu wollen, verlangt die übertriebliche Arbeiterethik auch für Oesterreich das Beste der vollen, freien politischen und ökonomischen Selbstbestimmung, und sie vernagt die Möglichkeit hierzu lediglich in einer vollständigen politischen und fiskalischen Trennung der beiden Reichshälften zu erblicken. Eine solche müßte keineswegs zu einem Zollkrieg führen, sondern könnte in durchaus friedlicher Weise vollzogen werden durch den wirtschaftlichen Zusammenschluß beider gleichberechtigten und gleich starken Staaten zu einem großen einheitlichen Wirtschaftsgebiet.

Von der Weltbühne.

Zur Finanzlage des Reichs führt die „Frei-
sitz.“ aus, dass dieselbe sich in dem Maß „un-
genügend“ befindet, wie die Regierungspresse und die konfe-
rentielle Presse glauben möchten. Bis einschließlich
Ende August haben die Einnahmen aus dem Reichs-
monopolen 1,239 Millionen Mark übersteigt, was
dem Vorjahre um M. 539,000 überlegen. Das Defizit
des Vorjahres ist schon jetzt bis auf vier Millionen
Markt beglichen. Es bedarf in den folgenden sechs
Monaten nur noch einer weiteren ganz normalen Einnahme
von 1,239 Millionen Mark, um das Vorjahr, um durch
Erreichung eines Plus der Einnahmen gegen das Vor-
jahr von 94 Millionen Mark den Staatsanfang zu erreichen.
Die Kollektaneen werden in diesem Jahre
sehr Plus über den Staatsanfang wie im Vorjahre ergeben.
Es ist aber Aussicht vorhanden, daß auch hier der Staats-
anfang erreicht wird, obgleich der Reichstag bekanntlich
diesen Antrag um 12 Millionen Mark erhöht hat. Denn in
den ersten fünf Monaten des Jahres haben die Kolle-
ktaneen 1,239 Millionen Mark übersteigt, was dem Vor-
jahre um 94 Millionen Mark überlegen. Selbst wenn bis
zum Schluß des Jahres die Kollektaneen um
11 Millionen Mark zurückbleiben gegen das Vorjahr,
wird der Staatsanfang noch erreicht werden.

Hiernach werden also voraussichtlich die Einnahmen für 1902 nicht mehr an das Reich aufzufüllen haben, als im Reichshaushaltsetat vorgesehen ist.

Wie sich die Ergebnisse des Reichshaushalts selbst, abgesehen vom dem Verhältnis zu den Einnahmen, im laufenden Jahre zeigen, läßt sich erst nicht übersehen. Auf die Einnahmen für den Reichshaushalt kann die Reichsversammlung einwirken, sobald diese erst am 1. September 1901 in Kraft tritt. Das Defizit des Reichshaushalts für 1900 im Betrage von 48 Millionen Mark beruhte mit 27 Millionen Mark auf den geringeren Ueberschüssen der Post- und Telegraphenverwaltung und der Verwaltung der Reichseisenbahnen. Die Einnahmen der Post- und Telegraphenverwaltung übersteigen in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres die Einnahmen aus derselben Zeit des Vorjahres um 5 p. H. Damit ist nahezu die normale Einnahmesteigerung in dieser Verwaltung wieder erreicht trotz des Ausfalls der Versteigerung verschiedener Reichs- und Staatsgüter. Die ersten fünf Monate des laufenden Jahres haben ein Plus von 4 Millionen Mark ergeben. Gefährdungsmäßig steigert sich aber dieses Plus bei der Post und Telegraphie progressiv in dem zweiten Semester des Jahres. Unter diesen Verhältnissen ist Aussicht vorhanden, daß der Staatsanleihe erreicht wird. Die Reichseisenbahnenverwaltung hat im August zum ersten Male wieder erhöhte Einnahmen gegen das Vorjahr aufgewiesen. Dem laufenden Staatshaushalt kommt auch die Nachsteuer zu Gute, welche vom Schatzministerium auf Grund des neuen Gesetzes erhoben wird und bereits Millionen erreicht. Im Etat ist diese Einnahme nicht vorgesehen. Die „Freie Ztg.“ folgert aus alledem, daß der offiziöse Finanzminister nicht gerechtfertigt sei und sagt hinzu: „Was den neuen Etat für 1903 anbelangt, so hat der Schatzsekretär das Defizit in demselben jüngst auf 150 Millionen Mark veranschlagt, seitlich

ohne ungade naderest unterliegen. Seit nicht viel, aus
dem Jahre 1901 noch ein Defizit von 48 Millionen
Mark im Jahre 1903 zu bedeuten ist. Mit den Abgaben
über das große Defizit im Jahre 1903 helfen im Wesen-
drich alle die offiziellen und halb-offiziellen Andeutungen
über Erhebungen von Militärpensionen, über
Befehlshaber der Schiffskaßpisten, für die Marine
über Erhebung der Dienstverräthlichkeit, für das
Geez und über allerlei neue Unternehmungen in den
Kolonen. Der Meistling wird nach allen diesen
Mittlungen skamm den Knopf auf den Beutel
zu halten haben."

Nur eine gründliche Aenderung der Geschäftsordnung des Reichstags, so meinte Herr Reich in seiner jüngsten Rede, könne helfen, um der Ostraktion der Vintler Herr zu werden. Vielleicht können, um ein vorläufiges Ergebnis zu erzielen, in irgendeiner Form der Regierung die Vollmacht erteilt werden, auf Grund der Konstitutionen des Reichs und einiger im Plenum zu beschließender Währungsänderungen Handelsverträge abzuschließen.

Die „Nationalität“ hatte die Durchführung dieses Antrags mit Recht als „parlamentarischen Staatsreicht“ bezeichnet. Der „Reichstag“ erhebt das „unerbittlich“, weil die in Aussicht genommene Währungsänderung der Geschäftsordnung lediglich den Zweck habe, dem Reichstag eine ordnungsmäßige Existenz und seiner Geschäfte zu sichern und sich gegen die Behinderung derselben zu wehren.

Was ist aber eine *Heiligkeit*. Die *Ordnungs-*
gemäße *Erleuchtung* der *Gefühle* ist nur im
Maßmen der *Gesellschaftsordnung* denkbar. Die
Opposition, die diese *Ordnungsgemäße Erleuchtung*
fordert, ist es also nicht, die *Disstruktion* treibt. Die
Disstruktion ist die *Leute*, welche die *Gesellschaftsordnung*
verschwinden lassen wollen, in ihren Willen durch-
setzen. Die *systematische Gegenstruktion*
wird dadurch aber *nothwendig herbeigeführt* werden und
findet *barbar* zugleich ihre *Rechtfertigung*.

Guch entkräftet lieft die „Deutsche Tageszeitung“ den seitherigen konfervativen Bundesgenossen des extremen Agrariertums, die dasselbe nicht mehr mitmachen wollen, den Text. Sie schreibt:

Es ist zu sehen, die den Sachverhalt der Ver-
theuerung unannehmbar erklären, die ein unbefriedigendes
Verhältniß zur Verbindung der Maßgröße als notwendig
und die Komposition der Maßgröße über die Vertheilung als
unannehmend hinstellen. Die Vertheilung der Maßgröße
bezüglich der Produktionsgröße ist eine unannehmliche
Vertheilung, die die Vertheilung der Maßgröße über die
diesem streifen werden Stimmen hat, die die Vertheilung
nach Möglichkeit rufen, damit überhaupt nur
etwas zu Stande komme, ja die den veränderten
Regierungen gewisse Handels-Ermäßigungen für
den Abschluß neuer Handelsverträge gehen möchten. Und
das geschieht wenige Tage, nachdem die oben skizzirten
entgegengelegten Maßgröße gefest worden sind, ohne
daß irgend etwas geschehen wäre, das
weitere Schwächungen notwendig gemacht hätte. Der

reichhaltiger wäre doch ein Thor, wenn er aus solchen Stimmen nicht schliefen wollte, daß er mit immer weiterer Nachgiebigkeit gewisser Kreise rechnen kann. Wenn ihm dieser gelagt wird, daß man alles Mögliche thun werde, um etwas zu Stande zu bringen, so muß er geradezu aufgefodert werden, auf seinem Standpunkte zu beharren; denn wer unter allen Umständen etwas erreichen will, dessen Nachgiebigkeit kann keine Grenzen haben.

Es liegt auf der Hand, daß die taktische Stellung der Mehrheitsparteien durch diese Stimmen außerordentlich geschwächt worden ist. Deshalb begreifen wir nicht, wie man sich zu einer solchen Schwächung verstehen konnte. Zwar hat man jederzeit gesagt, daß ein Zurückgehen auf den Entwürfen der politischen Tod Verurtheilung bedeuten würde, welche den Entwurf für unannehmbar erklärt hätten. Das ist ungenügend richtig. Es ist aber ebenso richtig, daß das Abweichen von Beschlüssen, die eben erst gefaßt und veröffentlicht worden sind, ohne daß irgend etwas Neues zu einer Veränderung der Stellungnahme Anlaß gegeben hätte, dieselbe Wirkung haben muß. Wer solche Beschlüsse ohne Noth preisgibt, der verschiebt darauf, als ob er politischer Faktor gewirkt zu haben würde."

Schließlich droht das Wintergarn abermals mit entscheidendem Fehlschlagen an den Forderungen der "Landwirtschaft".

Der Vergleich mit der „Matte im Kellerloch“,
der, die harte Röhre Gift gefüllt hatte und die umher-
lief, „als hätte sie Lieb im Leibe“, drängt sich, wie die
„National-Zeitung“ schreibt, obwohl er trotz des klassi-
schen Witzsprungs weder respektvoll noch verbindlich ist,
in der That an, wenn man das ängstliche Dusch-
einanderrennen in der sogenannten Mehrzahl mit
Anseht, die zuerst eine Mehrheit für den Tarifentwurf
sein sollte, sich dann als eine solche gegen denselben
gebehrdet und jetzt nicht weiß, ob sie das Eine oder das
Andere ist.

Das nationalisliberale Blatt fügt hinzu: „Welch eine Bloßstellung bedeutet für die agrarische Mehrheit ganz besonders für den konserverbilen Theil derselben die Angst, die sich in ihr gegenwärtig, schon vor dem Beginn des eigentlichen Kampfes im Reichstag, öffentlich bekundet durch die gegenseitigen Vorwürfe, die Widerpreme, das Cerere über die Taktik der Sorge vor dem, wie Herr Rietich sagt, „politischen Tod der konserverbilen Partei! Wir hätten nicht geglaubt, daß ein so rascher und so vollständiger moralischer Zusammenbruch auf die Prahlereien folgen würde.“

Ueber Zolltarif: Tauben und Sperlinge
spotzt die offizielle Korrespondenz des Bundes
der Landwirthe, die näher der Wohnung aus
sonderbaren Streifen, beim Zolltarif den Sperling in
der Hand der Taube auf dem Dache vorziehen. Die
Sperlinge sind ganz ausgeschlossen, daß die sonderbaren
Parteienmitglieder, die mit einer harten Regelung zum
Gouvernementalismus befaßten, „Schl. 23.“ folgen
würden, nicht nur auf die Taube, sondern auch auf den
„fetten Kompromißspigen“ zu verzichten und sich mit
dem mageren Sperling der Regierungsvorlage zu
begnügen. Die Regierungsvorlage bedeuete eine Ver-
theuerung aller Lebens- und Wirtschaftsbedürfnisse und
eine weitere Vertheuerung des Arbeitermangels für die
Landwirthschaft. Die Annahme des Sperlings der
Regierungsvorlage würde der Landwirthschaft also offen-
bar schwere Opfer an geheimeren Produktionskosten auf-
zubringen und gleichzeitig würden mit der Annahme des
Sperlings die Konventionen, die bisher für die Taube
galt, nach der besseren Taube nicht nur momentan,
sondern für lange Jahre vollkommen verzichten. Solcher
Opfer, so sagt die Korrespondenz des Bundes der
Landwirthe, „ist der sichere Sperling nicht
werth, da es es für die Landwirthschaft entziehen
besser, ihn mit sammt den Tauben des Zolltarifs
fliegen zu lassen und sich das freie Jagdrecht
auf beide zu wahren.“

Das freie Jagdrecht ist gut; daß die zollpolitischen Nimrod des Agrarismus es sich nehmen wollen, ist selbstverständlich; es fragt sich nur, ob das Volk sich die Konkurrenz zwischen Sperlingsfreunden und Taubenjägern gefallen lassen wird.

Das „Ding der Unmöglichkeit“. Die „Köln. Volkszeitung“, das leitende rheinische Zentrumsorgan, macht der Regierung folgende Vorhalte:

„Eben erklären Offiziöse in Köln und Karlsruhe zum hundertsten Male mit aller Bestimmtheit, daß die Regierung den Agariern Zugeständnisse über ihre Vorlage hinaus, besonders bei den Wundelzöllen, nicht zu machen gedenkt.“

nicht machen werde. Diese Zölle seien thöricht gemessen oder abzuhehlen. Es müßte sich nach dem Sachverhalt am, wenn gleichzeitig die Offiziale nach der Wahrheit zu fragen, ob die Regierung habe sich keinem Einsteig gegenüber in irgend einer Weise politisch gebunden. Dann wird ja ihre Garandantie nicht nur unverständlich, hat sie freie Hand, so ist es nur als verderblicher Eigensinn zu erklären, wenn sie dem Reichstage auch das geringste Zugeständniß verweigert. Die Königsberger „Dartungische Zeitung“ will aus besserer Quelle erfahren haben, Graf Bülow habe jetzt auch förmlich erklärt, daß es ein Ding der Unmöglichkeit sei, in eine Erhöhung der Zölle für den Handel mit Getreide und Ausdehnung der Rindviehhaltung zu Willge zu willigen. Warum er ein Ding der Unmöglichkeit hält, wenn Niemand gegen seine Verpflichtungen besteht? Ermöglichte Erklärungen fremder Regierungen, daß sie sich höhere Zölle nicht gefallen lassen würden, werden doch den Reichstanzler nicht gleich einschüchtern. Wenn solche Erklärungen für seine Zollpolitik maßgebend sein sollen, dann kann ja das Ausland mit uns spielen wie die Kasse mit der Maus. Dann wollen wir uns unseren Zolltarif lieber gleich von unsern Nachbarn machen lassen.“

Hamburg, den 17. März 1890.

Das Zentralkomitee ist natürlich bereit, ihre Forderung sich um ein unbegrenztes, als ich in den Mehrheitsparteien die Meinung bemerkt habe, ihr entgegen zu kommen. Wollte man auf die Forderungen des konföderalen Abg. von Dage kein Gewicht legen, so könnte man das der Hofordr. Rede des Vorsitzenden der Zolltariffkommission, der ebenfalls konföderaler Abg. Rettig, symbolisch die Bedeutung nicht abbrechen. Dann wird hinzugefügt:

Netlich im Namen der Konservativen zu sprechen, ist nicht richtig. Die „Deutsche Tageszeitung“ thut, als ob die Mehrheit ganz anders denke und beweise, auf den Fraktionswechsel. Aber wir glauben nicht, daß Herr Netlich zu gesprochen hätte, wenn seine Meinung nicht so vielfach von seinen Parteigenossen geteilt würde und mit ihnen erörtert worden wäre. Vielleicht hat er sogar im Auftrage von Parteigenossen gesprochen, um einen Eindruck zu machen.“

Zu guter Ausgleichen.

Die Opposition innerhalb des Zentrums gegen den Wahlkampf
 Die Oppositionspolitik tritt bei den katholischen Arbeitern immer stärker hervor. Wie dem „Vorwärts“ geschrieben wird, fand am letzten Sonntag in Mülheim am Rhein eine von den oppositionellen Zentrumswägeln einflußreiche Versammlung statt. War es der aus Wittenbörcher-Windern und Angestellten der „Höln.“ Volkszeitung zusammengekehrte Sprengelkomitee vor 14 Tagen gelungen, eine ähnliche Versammlung in Köln ergebnislos zu machen, so mußte hier der mit einem großen Anhang zu demselben Zweck errichtete ultimantane Landtagsabgeordnete Pleß schon zu Anfang der Versammlung ersagen, daß die Opposition im Wahlkampf nicht zurücksteht, von ihrem Hauptzweck Gebrauch zu machen. Nachdem der Referent in einfindigem Vortrag die Haltung der Folgegen in der Zentrumspartei zu rechtfertigen versucht hatte, wollte Herr Pleß die Versammlung durch eine Dauerede aussen- andentreiben, das aber nicht gelingen konnte. Während dieser Rede geschah eine Verletzung der Ruhe, was zu dem Abbruch der Versammlung geführt hat. Es ist zu hoffen, daß die Opposition nicht niedergeworfen kommt, sondern schließlich in unter großem Tumult die Versammlung. Am fanden andere Redner, namentlich der christliche Metallarbeiter

vergamm aus Haß, recht treffende Worte über die volksverderbende Haltung der Zentrumspreffe. Es giehe immer: „dem Aermsten die Güte zuwieh“, doch werde dieser Grundsatß vom Zentrum nicht befolgt, sonst könne man dem Arbeiter das Brod nicht verkuehen wollen. Wenn aber die Masse der Wähler so vernachlässigt würde, so würde mangel Zentrumssabgeordnete nicht gewählt werden. Volkseigen und Windhorstbund brachten keine Mandate durch, wenn die Masse nicht mitginge. Der Arbeiter sei verpflichtet, sich bei der Wahl zu vergewissern, ob der Kandidat auch seine wirtschaftlichen Interessen vertritt. Man solle sich nicht für Gesinnungsmenschen im Parlament haben, sondern dem glänzend verlaufenden Katholikentage die dritte Abtheilung 20 Sozialdemokraten an den Todtstisch gewöhnt; das beweise, daß viele katholische Arbeiter, die treu ihre irdischen Pflichten erfüllten, ihre wirtschaftlichen Interessen nicht im Zentrum vertreten säßen. Das noch schlimmer als alles Andere, das sei die Ueberschneerei. Das Zentrum gebe der Regierung mehr, als sie verlange. Bleibe das Zentrum bei seiner jetzigen Politik, dann sei zur Reichstagswahl das Schlimmste zu befürchten. Das ist ein deutliches Stimmungsbild. Noch glauben die katholischen Arbeiter, daß es ihnen gegönnt sei, das Zentrum in andere Dingen zu kritisiren, aber nicht in den Dingen, die ihnen selber aber die „das Schlimmste“ eintreten für das Zentrum nämlich: der Verlust eines erheblichen Theiles seiner Stimmemaker.

Die Zollwucherpolitik macht selbst die feindlichsten christlichen Schäte rebellisch und weckt die Opposition auch da, wo sonst nicht daran zu denken war. Künftig fand in England im Maßstabe des Zolls eine Volksbewegung statt, in der Genosse Haberland aus Bremen über den Brot- und Fleischwucher referierte. Die Südländer waren erstickten, an ihrer Spitze Dr. Vuchhardt, um dem Einbruch der Unfrühjahr entgegen zu wirken. Während der scharfen Angriffe auf das Stöderische Christentum der Broterhebung wurden die Christlich-Sozialen wiederholt sehr lebhaft. Aber der folgendemokratische Ader der Sozialen wurde die Feindschaft der Sozialen der Sozialen in der nachfolgenden Diskussion so wenig zu beeinträchtigen vermögen, daß sie ihm vielmehr noch durch ihre Ausföhrungen steigerten. Sie entzieten Hohn und Spott. Ein christlich-sozialer Unternehmer föhrete sich so unmanierlich auf, daß er aufgefordert werden mußte, den Saal zu verlassen. Schließlich wurde die Resolution gegen den Zollwucher der Feindschaft der Christlichen - an dem meiste Mit einem Auge auf die internationale Arbeiterbewegung wurde die Versammlung geschlossen, die gute Hoffnungen für die Sozialbewegung erweckt.

Um die Bedeutung dieses Vorganges recht zu würdigen, muß man erwägen, daß der Kreis Siegen bisher zu den rückständigsten gehörte, obwohl er nicht unerhebliche Industrie hat. 1898 wurden nur 393 sozialdemokratische Stimmen abgegeben, während Herr Stöder in der Hauptwahl 10 551, in der Stichwahl 12 099 Stimmen erhielt.

Die der ungeheuerlichen Forderungen,
die aus Interferenzen zwischen dem Zolltarif gestellt worden,
ist die des **Verlins deutscher Leberhardtischfabri-**
kation, deren jeder M. 100 für den Doppelkorn
abtragend, der Geringste der Zolltarif für
sich auf M. 1800 zu erhöhen. Der Verein hatte sich
zur Unterstützung dieser Forderung an mehrere Handels-
kammern gewandt, doch scheint es, daß keine einige dafür
eintritten gewillt gewesen ist. In ihrem Jahresberichte
theilt die Handels- und Gewerbekommission für
Mittelrhein in Nürnberg mit, daß und weshalb
sie das Gesuch um Unterstützung abgelehnt und statt
dessen die Vertheilung des Zolles von M. 100 bestritt
habe. Sie will zunächst darauf hin, daß die zuviel
Anspruch von den Angehörigen der Customs nach das
Angebot, den Zoll nach das Verträge der Einheits-
verträge von einer durch die Customs veranlaßten
Nothlage demnach wohl nicht gekriegen werden kann,
und wendet sich dann zu dem in jenem Antrag der
Leberhardtischfabrikanten ausgesprochenen Gesuche, die
Regierung möge bei Abschluß neuer Handels-
verträge auf Ermäßigung der Eingangsätze des Aus-
landes hinwirken. Sie bemerkt dazu:

(Dami.) Ich bin die Mittelschleier in einem Scherz zu verheirathen, geradezu unlöslichen Widerspruch, wenn ich unter der Einführung, das dies für die Erhaltung des heimgelassenen Marktes notwendig sei, die ungeheureliche Erhöhung des bisherigen Zolles und das Zwischliche begehren, nicht behebend, das dieselbe das Ausland nicht nur von Ermäßigung seiner Zölle abhalten, sondern zur Erhöhung derselben und zur Ausperzung unseres Fabrikates von den auswärtigen Märkten führen würde, von welchen der amerikanische allein 60 p. S. aufnimmt.

Der Verein der Lederhandelsfabrikanten sagte zur Unterstützung seines Gesuches die Konkurrenz der ausländischen, insbesondere der böhmischen Industrie an, aber auch dies erklärte die mittelfränkische Kammer für nicht stichhaltig:

Es mag angegeben werden, daß die obenbenannten in Böhmen billiger zu haben sind und der Preis der fertigen Waaren niedriger gestellt werden kann als in Deutschland. Allein als ein erheblicher Nachtheil kann das für unsere Industrie kaum in Betracht kommen, wenn erzwungen wird, daß von Böhmen überwiegend solche Waare zu uns kommt, welche bei uns nicht fabrizirt

ward, andererseits die böhmische Waare schwerer ist, der Zoll von M. 100 dieselbe demnach in erheblicher Weise mehr belastet und demnach zum theilweisen Ausgange dient. Auch gegen die Antragsteller ganz zu erwägen, die deutsche Fabrikanten Handelsbüche in großen Massen im Ausland (Böhmen und Belgien) fertig machen lassen und so der Vortheile der dortigen billigeren Arbeitskräfte theilhaft werden."

Ein Schutzverband deutscher Zuckerfabriken zur Erhaltung des Rübenbaues ist gegründet worden. Als Zweck wird angegeben: „Die Herbeiführung aller geeigneten Maßregeln, die den Zuckersektor der gefährdeten deutschen Zuckerzuckerfabriken dienlich sein können“, und zunächst politische Aktion zur weiteren Entfaltung des. gänzlich der Vernichtung der Zuckerindustrie, gegen welche wird erreicht: Herbeiführung einer internationalen Produktionskontingenterung mit dem Ziel einer Beschränkung des Rübenbaues für die nächsten Jahre. Herbeiführung einer deutschen Konsumkontingenterung, unter gelegiger Aufhebung der sich ergebenden Anteile an allen bestehenden Holzruhrfabriken. Weitergehende gesetzliche Fixierung der gegenwärtigen Produktionsquanten jeder deutschen Fabrik auf den bisherigen Stand.

Das ist ein letzter Versuch der Zuckerbarone, die „schönen Zeiten“ der alten Zuckerzuckerselektion neu herbeizuführen zu lassen, wo man die inländischen Konsumanten so recht nach Kerosin ausplündern konnte.

Eine schärfere Kontrolle der Beitragskarten für die Invaliditäts-Versicherung hat vorbereitet. Von der durch den § 161 des Gesetzes vom 15. Juni 1899 eingeführten Pflicht, zum Zwecke der Kontrolle der Beitragskarten Vorschriften zu erlassen, sind zuerst die Invaliden-Anhalt-Gebühren Gebrauch gemacht. Von dieser Anhalt erlassenen Vorschriften ist die erforderliche Genehmigung des Reichsversicherungsamtes zunächst für den Zeitraum vom 1. Oktober d. J. bis 1. Juli 1904 ertheilt worden. Diese Vorschriften, deren Unterbreitung dem Vorhande durch Geldstrafen bis zu M. 150 verbunden und geahndet werden kann, verpflichten insbesondere die Arbeitgeber, falls eine Beitragskartenrevision vorher in ordnungsfähiger Weise allgemein oder 24 Stunden vorher einem Arbeitgeber besonders bekannt gemacht ist, am Revisionstage während der üblichen Betriebs- oder Geschäftskette entweder selbst am Eise eines Vertriebes in den Geschäftsräumen, in Ermangelung eines solchen in seiner Wohnung, sich anwesend und die Beitragskarten zum Einsicht bereit zu halten, oder dafür zu sorgen, daß jast seiner eine erwachte, mit den Arbeits- und Lohnverhältnissen der Versicherten vertraute Person die Karten bereit hält. Ist ihm dies nicht möglich, so hat der Arbeitgeber die Karten spätestens am Revisionstage selbst bis zu bestimmter Stunde bei einer vom Anhaltsvorstande zu bezeichnenden Stelle — zur Verfügung gegen Empfangsbcheinigung — zu hinterlegen und Kontrollbeamten niederzulegen. — Die Personen, welche die Karten am Revisionstage am Anhaltsvorstande vorzulegen pflegen, haben gleichfalls ihre Karten in geeigneter Weise bereit zu halten. Versärgt, die, ohne in dauernden Arbeits- oder Dienstverhältnissen zu einem bestimmten Arbeitgeber zu stehen, in wechselnden Arbeitsstellen häufig find (Cohlfleischer, Hausflächner, Wägherinnen, Schneiderinnen u. i. w.), können, sofern bei ihnen eine Unregelmäßigkeit in der Marktenverwendung vorgetunden wird und sie über ihre Arbeitsverhältnisse keine genügende Auskunft geben, dem Anhaltsvorstande zur Führung dem Kontrollbeamten vorzulegender Aufzeichnungen verpflichtet werden, aus welchen für jedes Kalenderjahr hervorgeht, ob und bei wem sie in jeder Woche beschäftigt waren. Dieser übrigens wiederholt vorzuschreibenden Aufzeichnungen bedarf es nicht, so lange für jede Woche eine Beitragsleistung nachgewiesen werden kann. — Diese der Beitragsverbürgung förderlichen Vorschriften der Anhalt Sachgen-Anhalt werden vermuthlich andere Anhalten bald nachahmen.

Die Komödie der Irrungen, die sich um den Besuch der Boerengenerale in Berlin entwickelt hat, wird immer bunter. Die Blätter, welche nach der offiziellen Verlautbarung der Nordd. Allgem. Zig." gegen den Unstand der Boerengenerale loswettern, werden in der „Edin. Zig." zurückgepiffen. Das mit maßgebenden Stellen in Berlin enge Fühlung haltende Blatt schreibt:

Wir möchten auch nach dieser Seite zu uns mahnen. Die Vorgesetzten haben keineswegs den Kaiser beleidigt oder brüskirt; in ihrer Weigerung, sich der Vermittlung des englischen Vorkämpfers zu bedienen, läßt sich absolut keine Stellungnahme gegen den Kaiser erblicken. Wenn in ihrer Weigerung eine Spitze liegt, so kommt sie nicht schädlich nach ganz anderer Seite. Wir halten es nicht für richtig, daß man die Generale aus dem nicht unerlässlichen Verbrüß über das Verhalten ihrer deutschen Freunde in ein schiefes Licht stellt. Es liegt keinerlei Grund vor, ihnen eine unfreundliche Stimmung entgegenzubringen.

Die „Weigerung“ der Oberengländer (welche überhaupt nicht vorzuliegen. Wenigstens stellen die Londoner „Daily News“ den Angaben der „Nordd. Allgem. Btg.“ folgende Darstellung gegenüber:

„Bisshero bewert ich mich, was ich den
Denkern der Beamten in nächst formeller
Weise mit der Mitteilung an ihn heran, daß der
Kaiser die Generale gern leben möchte.
Dies antwortete einfach, im Namen seiner Kameraden,
wobei würde eine Ehre sein, und wenn der Kaiser
es wünschte, würden sie ihm ihre Unterstützung machen.
Dann erhob sich die Frage, wie die Einführung
sein sollte, und Demei stimmte dem Vorschlag zu,
daß er und seine Kameraden durch den britischen Gesand-
ten in Berlin vorgeschickt werden sollten. Die Generale
glaubten, der Verlauf der Sache würde sein, daß sie
eine formelle Mitteilung von des Kaisers Hofe er-
halten würden, daß eine Unterredung erwünscht sei
und daß sie sich zu einem ersten Schritt be-
reiten könnten.“

das der Kaiser nicht würde. Eine derartige Mittheilung erhielten sie aber nicht. Den Generalen wurde dann aber auf besondere nicht formellen Wege mitgetheilt, die sollten selbst die Initiativen ergreifen und Sir Grant Leeseles darum ersuchen, das er die Vorrede Dies beabsichtigen die Generale zu thun, da sie auf dem Wege der Initiative zu dem mittheilungswürdigen Zwecke befänden und sie eine auch noch so hochgeachtete Person im Audienzsaal erzielten. Es mag beigefügt werden, daß bei der Audienz bei König Edward Lord Lansdowne sich sofort freiwillig als ihr Einführungsmittel. Man hielt darauf, daß nicht die Generale ihren Entschluß ankündigten, sondern daß die Generale durch ihr unwiderruflich dargelegte Idee gemäß handelten. Ob die Haltung des Kaisers durch die massiven Angriffe der englischen Presse beeinflusst worden war, darüber kann man Vermuthungen haben.

Ein Mitarbeiter des „Nouveau Noterendone Courant“ hatte eine Unterredung mit Dieret, in der der General sagte, daß erst nach einer Besprechung mit Delatoy und